

Maßnahmebögen, Anlagen

Plus 1

Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile

1.1 Motivation durch Anerkennung und Vernetzung

Anerkennung und Vernetzung

Mit verschiedenen Projekten und Initiativen soll die Ansprache, Motivation und Anerkennung in der Bevölkerung für bürgerschaftliches Engagement kontinuierlich gestärkt werden. Hierzu gehören insbesondere: Aktionen und Gelegenheiten zum Mitmachen, Zertifizierungen und Bonushefte, Öffentlichkeitskampagnen sowie die (Weiter-)Entwicklung spezifischer Qualifizierungsangebote. Ziel ist es, die Transparenz zu verbessern, Kompetenzen zu bündeln, bürgerschaftliches Engagement als Aufgabe von Organisationsentwicklung aufzuwerten, Zugänge zum Engagement zu erleichtern, gemeinsame Projekte voranzutreiben und die Bedeutung des Themas in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

- Die Fortsetzung und Erweiterung bestehender Netzwerke des bürgerschaftlichen Engagements, wie das Netzwerk Bürgermitwirkung als Verbund öffentlicher und freier Träger unter dem Leitmotiv „Freiwillig in Hannover“. Veranstaltungen werden fortgesetzt

und weiterentwickelt, die wie die Freiwilligenbörse für das Ehrenamt werben und Freiwillige motivieren. Freiwilligendienste werden gefördert.

- Die Förderung des Stiftungsgedankens in Hannover durch Aktivitäten zur Gründung und Vernetzung von Stiftungen. Fortsetzung der Koordination der Stiftungsinitiative Hannover durch die Stadt sowie gemeinsame Veranstaltungen, wie Stiftungstage, und Veröffentlichungen, wie der „Wegweiser zu Stiftungen“.
- Strategien und Ansätze für bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen im Sinne von „Corporate Citizenship“ entwickeln. Unternehmen kooperieren mit Bildungseinrichtungen. Unternehmen engagieren sich für das Marketing der Stadt Hannover. Beispiele: Information und Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Freistellungen, Projektförderungen, die Anerkennung von Zertifizierungen. Für die Maßnahme soll auf der Basis einer interdisziplinären Fachkonferenz ein Konzept und ein Verfahren erarbeitet werden.

Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Büro Oberbürgermeister, Fachbereich Wirtschaft

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Informations- und Koordinationsstelle für ehrenamtliche Mitarbeit (IKEM),
Offene Kinder- und Jugendarbeit, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Kooperation:

Freie Träger, Freiwilligendienste, Netzwerk Bürgermitwirkung, Vereine, Stiftungsinitiative

Plus 1

Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile

1.2 Bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen

Lebendige Stadtteile

Mit Öffentlichkeitskampagnen sowie lokalen Netzwerken und Angeboten in Stadtteilen sollen Menschen für das bürgerschaftliche Engagement gewonnen und die Stadtteilentwicklung gestärkt werden. Ziel ist es, den Menschen vor Ort gezielte Informationen über Engagementmöglichkeiten anzubieten, ihnen auf kurzem Wege Kontakte zu Einrichtungen und Initiativen zu vermitteln sowie spezifische Beteiligungsformen weiter zu entwickeln.

- Aufbau von Informations- und Kontaktstellen für bürgerschaftliches Engagement in den Stadtteilen. Entwicklung von Multiplikatorteamen im Verbund von Fachkräften und Freiwilligen, stadtteilbezogene Internetangebote. Für bestimmte Stadtteile soll eine Imageverbesserung erreicht werden.
- Die Fortführung von Elternwerkstätten als lokale Bündnisse zur Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und der Erziehungskompe-

tenzen der Eltern. Förderung von Bildungs-, Kultur und Sportangeboten für Kinder und Jugendliche durch Vereine im Stadtteil.

- Gewinnung von Schülerinnen und Schülern als „Mentoren“ und „Paten“ in der Schule und im Stadtteil.
- Projekte der Nachbarschaftshilfe.
- Einwohnerinnen und Einwohner übernehmen Patenschaften für die Pflege von Grünanlagen und Parks. Gemeinschaftswiesen werden von Nachbarschaften gepflegt und genutzt.
- Fortführung von themenorientierten Zukunftsforen/offenen Stadtteilversammlungen zur Beteiligung am Geschehen in den Stadtteilen.
- Entwicklung von Projekten, die gemeinwohlorientierte Aktivitäten (z.B. Aufräumaktionen, Nachbarschaftsveranstaltungen, Umgestaltungen von Räumen) unterstützen.

Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Stadtteilkulturarbeit

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Städtische Einrichtungen Büro Oberbürgermeister

Kooperation:

Freie Träger, Freiwilligendienste, Schulen, Netzwerk Bürgermitwirkung, Vereine, Stiftungsinitiative Hannover, Unternehmen

Plus 1

Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile

1.3 Demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen**Kinder und Jugendliche**

Junge Menschen sollen die Abläufe kommunaler Politik und demokratischer Entscheidungsprozesse kennen lernen und so zur Beteiligung angeregt werden.

- Kooperationsprojekte mit Schulen und Horten, wie Planspiele, Projektwochen, Rathauerkundungen, Informationsveranstaltungen vor Wahlen.
- Beteiligung an Spielplatzplanungen.
- Besondere Beteiligungsangebote für junge Menschen bei ausgewählten kommunalpolitischen Entscheidungen, zum Beispiel durch Wettbewerbe.
- Junge Menschen werden bei der Gestaltung von städtischen Kinder- und Jugendangeboten beteiligt und können in Jugendzentren und beim Mitternachts-sport mit bestimmen.
- Förderung der internationalen Jugendbegegnungen.

Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Jugend und Familie

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Städtische Stadtteileinrichtungen, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Büro Oberbürgermeister

Kooperation:

Freie Träger, Schulen, Stadtjugendring

Plus 1

Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile

1.4 Seniorinnen und Senioren für bürgerschaftliches Engagement gewinnen**Seniorinnen und Senioren**

Seniorinnen und Senioren sollen dafür gewonnen werden, ihren Erfahrungsschatz an jüngere Generationen weiterzugeben und sich bürgerschaftlich zu engagieren.

- Förderung von Maßnahmen, bei denen sich Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen gegenseitig helfen. Mit kleinräumigen Projekten wird das generationenübergreifende Lernen und Miteinander unterstützt („Jung hilft Alt/Alt hilft Jung“).
- Die ehrenamtliche Seniorenarbeit wird besonders gefördert, wenn ältere Menschen beim selbständigen häuslichen Leben im vorpflegerischen Bereich unterstützt werden.
- Ältere Migrantinnen und Migranten sollen stärker als bisher in Einrichtungen und Netzwerken des bürgerschaftlichen Engagements integriert werden.
- Das „Freiwillige Jahr für Senioren“ wird ausgebaut. Ältere Menschen, insbesondere auch bislang noch nicht Aktive, werden mit interessanten Projekten motiviert und unterstützt, in einem verbindlichen zeitlichen und thematischen Rahmen freiwillig tätig zu werden.

Verantwortlich:

Kommunaler Seniorenservice

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Stadtteilkulturarbeit, Kommunaler Sozialdienst, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Kooperation:

Freie Träger, Netzwerk für Seniorinnen und Senioren, Stadtteileinrichtungen, Freiwilligendienste

Plus 1

Hannover setzt auf bürgerschaftliches Engagement und lebendige Stadtteile

1.5 Förderung der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund

Migrantinnen und Migranten

Die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und ihr Engagement in und für Hannover soll verstärkt werden.

- Entwicklung von Projekten, Initiativen und Veranstaltungsformen, mit denen mehr Migrantinnen und Migranten für Beratungs- und Entscheidungsprozesse gewonnen werden können. In den Stadtteilen soll ein System von aktiven Migrantinnen und Migranten aufgebaut werden, die als „interkulturelle Lotsen“, beziehungsweise Schlüsselpersonen und Multiplikatoren informieren und beraten, vermitteln und Kontakte herstellen. Sie sollen über aktuelle Stadtteilthemen

die Hemmschwelle für Engagement und Mitwirkung senken und zur Teilhabe ermutigen.

- Durch die Zusammenarbeit verschiedener Stadtteileinrichtungen und Initiativen sollen mehr junge Migrantinnen und Migranten für Beteiligungsmaßnahmen erreicht werden. Die außerschulische Bildungsarbeit soll gezielt junge Migrantinnen und Migranten für die Jugendgruppenleiterausbildung gewinnen.
- Die interkulturelle Öffnung bei den Trägern des bürgerschaftlichen Engagements wird unterstützt, um insbesondere ältere Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen und in die Freiwilligenarbeit einzubinden.

Verantwortlich:

Büro Oberbürgermeister

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Alle Fachbereiche

Kooperation:

Vereine und Organisationen von Migrantinnen und Migranten, Stadtteileinrichtungen, Freie Träger, Stadtjugendring, Freiwilligendienste

Plus 2

Hannover investiert in Bildung und Kinder

2.1 Kinder bilden und fördern

Frühförderung von Kindern

Kinder werden bereits im frühkindlichen Alter in ihrer Entwicklung gefördert, damit wichtige soziale und sprachliche Grundlagen gelegt werden können. Hierzu gehören:

- Ausbau des Angebotes an Betreuungsplätzen für Kleinkinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2010.
- Flexible Betreuungsangebote in Kindertagesstätten.
- Betreuung von Kindern im Grundschulalter.

Sprachförderung

- Ausbau eines Sprachförderungsprogramms in Kindertagesstätten, die einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund haben. Dabei werden auch die Eltern bei der Sprachförderung durch semiprofessionelle Kräfte mit eingebunden.

Qualitätsverbesserung

- Durch die Verbesserung der Qualität der Bildung und Betreuung im Kindergarten mit zusätzlichem Personal oder durch kleinere Gruppenstärken soll ab 2010 eine intensivere pädagogische Arbeit mit Kindern und ihren Familien ermöglicht werden. In Zusammenarbeit mit den Ausbildungsträgern soll die Ausbildung in den sozialen Berufen qualitativ verbessert und an die gesellschaftlichen Anforderungen angepasst werden. Die Stadt startet dazu eine entsprechende Initiative.

Zusammenarbeit Eltern, Schule und Kita

- Die Zusammenarbeit von Eltern, Kindertagesstätten und Schulen wird gefördert, damit die Grundlagen zur Erlangung der Schulfähigkeit gelegt werden können.
- Stadtteilorientierte Kultur- und Bildungsarbeit wird bei der Zusammenarbeit von Eltern, Kindertagesstätten und Schulen mit einbezogen.

Verantwortlich:

Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Bibliothek und Schule

Kooperation:

Kindertagesstätten, Schulen, Ausbildungsträger, Eltern

Plus 2

Hannover investiert in Bildung und Kinder

2.2 Ausbau von Ganztagsbetreuung an den Schulen

Ganztagsbetreuung

Schulen in Hannover sollen ein verlässlicher, ganztägiger Lebens- und Lernort für Kinder und Jugendliche sein. Mit einer konsequenten Öffnung der Schulen in den Stadtteil hinein und einem verbindlichen Netzwerk zu Vereinen und Initiativen sollen weitere Ganztagschulen geschaffen werden.

- Stadtteileinrichtungen, -initiativen und Sportvereine stärken das Betreuungsangebot über die Unterrichtszeit hinaus und in den Ferien.
- Grundschulen und Einrichtungen der Jugendhilfe arbeiten stärker zusammen, um die Ganztagsbetreuung an Schulen deutlich auszubauen.
- In jedem Stadtbezirk soll es eine Ganztagschule im Grundschulbereich geben.
- Schulen sollen gemeinsam mit der Jugendhilfe die Ganztagsbetreuung organisieren. Um dies kostenneutral umzusetzen, sollen Ressourcen von Schulen, Jugendhilfe und Vereinen für Ganztagsbetreuung zusammengeführt werden.
- Ganztagschulen und Freizeitangebote in der Sek. I werden ausgebaut.
- Hausaufgabenhilfe wird unterstützt.

Sprachen

• Das Erlernen von möglichst vielen Sprachen wird gefördert. Förderung von muttersprachlichen Spielkreisen. Schulversuche, um mehrsprachigen Unterricht in vielen Schulformen zu verankern. Die Sprachkompetenz im außerschulischen Bereich wird einbezogen.

Kultur und Bildung

- Die außerschulische kulturelle Bildungsarbeit wird intensiviert.
- Die Stadtbibliothek Hannover baut ein Netzwerk von Bildungs- und Kulturinstitutionen sowie Freiwilligen auf, um das Lesen zu fördern, insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund.
- Die Museumspädagogik der hannoverschen Museen richtet ihr Angebot an den veränderten Interessen junger Menschen aus und greift innovative Methoden der Geschichtsvermittlung auf.
- Musikschule, Mädchenchor, Knabenchor sowie vorschulische, schulische und berufsbildende Einrichtungen verstärken die Zusammenarbeit bei der musikalischen Bildung junger Menschen.

Verantwortlich:

Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Bibliothek und Schule,
Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Kooperation:

Stadtteileinrichtungen, Stadtteilinitiativen und -vereine, Schulen, Horte, Sportvereine,
Kultusministerium und nachgeordnete Landesbehörden

Plus 2

Hannover investiert in Bildung und Kinder

2.3 Mehr Jugendliche mit Schulabschluss

Schulabschlüsse

Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss und Ausbildungsplatz muss verringert werden.

- Jugendliche und Erwachsene werden beraten und erhalten Angebote für Weiterbildung, Praktika und soziales Training, damit sie einen Schulabschluss erlangen und eine berufliche Ausbildung erfolgreich abschließen.

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden besonders gefördert.

- Ein Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zum Erwerb von Kompetenzen beim Lesen, Schreiben und Rechnen.

- Kooperationsprojekte von Bildungsträgern mit der lokalen Wirtschaft. Unternehmen übernehmen Patenschaften für Schulen, um die Ausbildungsfähigkeit und Praxisnähe zu verbessern.

- Förderschulen werden auf Berufsfelder ausgerichtet. Die vorhandenen Schulstandorte sollen optimiert werden.

Verantwortlich:

Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Kooperation:

Bildungsträger, Unternehmen, Stadtteileinrichtungen, Schulen, Horte



Plus 3

Hannover fördert die Integration

3.1 Hilfen für benachteiligte Familien

Erziehungshilfe

Mit einem breit gefächerten Netz an Dienstleistungen und Institutionen werden benachteiligte Familien bei der Erziehung und Bildung ihrer Kinder unterstützt. Diese Angebote werden insbesondere auf die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund neu ausgerichtet.

- Bildungs- und Kultureinrichtungen arbeiten eng mit dem Kommunalen Sozialdienst zusammen, um Erziehungsunterstützung miteinander abzustimmen und gezielt einzusetzen. In den verschiedenen Familienphasen werden zielgruppenspezifische Bildungs- und Hilfsangebote in dem sozialen Nahraum zur Verfügung gestellt.
- Ein stadtweiter Dialog zu Erziehungs- und Bildungsfragen soll begonnen werden.

Familienzentren

- Familien werden in ausgewählten Kindertagesstätten oder in anderen sozialen Einrichtungen bei der

Erziehung und Bildung beraten und unterstützt. Diese Familienzentren arbeiten institutions- und trägerübergreifend und unterstützen Familien mit unterschiedlichen Angeboten. Sie sollen die vielfach in einer Familie wirkenden Angebote für Eltern und Kinder koordinieren und ein fester Partner für Familien sein. Soziale Dienste, Freie Träger, Schulen und andere müssen für dieses Angebot gewonnen und integriert werden.

- Selbsthilfeaktivitäten von Eltern werden durch semiprofessionelle Kräfte unterstützt, beispielsweise durch Elternwerkstätten.

Familienhebammen

- Hebammen werden qualifiziert, um in besonders sozial benachteiligten Quartieren jungen Familien bei der Gesundheitsbetreuung zu helfen. Psychosoziale und gesundheitliche Fehlentwicklungen der Kinder sollen früh erkannt und junge Eltern sensibilisiert und stabilisiert werden.

Verantwortlich:

Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Bibliothek und Schule, Büro Oberbürgermeister

Kooperation:

Familienbildungsstätten, niedergelassene Hebammen, Beratungseinrichtungen für Familien, Bildungs- und Kultureinrichtungen

Plus 3

Hannover fördert die Integration

3.2 Prävention und Integration

Gewaltprävention

Das friedliche Zusammenleben zwischen unterschiedlichen sozialen, nationalen, ethnischen und kulturellen Gruppen soll insbesondere bei Jugendlichen gefördert werden.

- Maßnahmen zur Konfliktschlichtung werden in Zusammenarbeit mit Schulen entwickelt und umgesetzt.
- Eine besonders wichtige Zielgruppe sind hierbei Jungen und junge Männer. Kinder und Jugendliche

sollen in den Stadtteilen gemeinsame Verhaltensregeln erarbeiten.

- Der Kommunale Sozialdienst stärkt seine Krisenintervention.

Interkulturelle Begegnung

- Freizeitangebote werden auch auf die Sprachförderung, die Konfliktschlichtung und interkulturelle Begegnung hin neu ausgerichtet.

Verantwortlich:

Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Büro Oberbürgermeister

Kooperation:

Stadtsportbund Hannover, Vereine

Plus 3

Hannover fördert die Integration

3.3 Sportförderung

Gesundheit und Sport

- Die städtische Sportförderung wird besonders Kinder und Jugendliche berücksichtigen.
- Gesundheit und Integration von jungen Menschen sowie Wertevermittlung für das Zusammenleben wird gefördert. Angebote wie beispielsweise der Mitternachtssport werden fortgesetzt. Besondere Zielgruppen sind übergewichtige Kinder sowie Mädchen mit Migrationshintergrund.
- Die Zusammenarbeit von Sportvereinen, Schulen, Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen soll gefördert werden, um das Sportangebot zu erweitern.

Sportförderung

Eine veränderte Sportentwicklungsplanung soll den veränderten Rahmenbedingungen im Vereinssport und im vereinsungebundenen Sport Rechnung tragen. Dazu werden Angebote mit der Zielrichtung einer effizienteren Nutzung analysiert. Zusätzliche öffentliche Flächen sollen für sportliche Betätigung, insbesondere für den Breitensport, aktiviert werden. Für die Förderung des Breitensports sollen weitere Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden.

Verantwortlich:

Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Bildung und Qualifizierung, Büro Oberbürgermeister

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Kooperation:

Stadtsportbund Hannover, Vereine

Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

4.1 Integrative Stadtteilentwicklung

Integrative Stadtteilarbeit

Die Potenziale der hannoverschen Stadtteile sollen durch eine integrative Stadtteilentwicklung gestärkt werden. Dazu wird für jeden Stadtteil ein Stadtteilprofil erstellt.

- Förderung der Kooperation zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern, örtlicher Wirtschaft sowie Vereinen und Initiativen in den Stadtteilen.
- Entwicklung von Stadtteilplänen, Stadtteil-Leitbildern und Stadtteilsteckbriefen.
- Entwicklung gemeinsamer Strategien und nachhaltiger Maßnahmen.
- Ausbau und Stärkung von Kommunikationsstrukturen.
- Nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Qualitäten.

Soziale Stadt

- Im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Die soziale Stadt“ werden die Sanierungsgebiete Hainholz (bis ca. 2014), Mittelfeld (bis ca. 2008) und Vahrenheide–Ost (bis ca. 2009) entwickelt.

- Weitere Stadtteile werden zur Aufnahme in das Programm vorbereitet.

Stadtplatzprogramm

- Mit dem Stadtplatzprogramm (Zehn-Jahres-Programm seit 1999) werden Plätze mit zentraler Funktion zur Stärkung der urbanen Lebensqualität modernisiert. Sie sollen Impulse für lokale Zentren geben.

- Bei der Entwicklung der Projekte spielen Aspekte des Gender Mainstreaming, der Barrierefreiheit und der Kriminalprävention im Städtebau eine große Rolle.

„Hannover heißt Zuhause“

- Die Kampagne „Hannover heißt Zuhause“ stellt die Lebensqualität der Stadtteile heraus und stärkt die Identifikation der Bevölkerung mit ihren Stadtteilen.

Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Wirtschaft, Fachbereich Bauen, Fachbereich Soziales, Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Kooperation:

Sanierungskommissionen, Stadtteilforen und -initiativen, Gewerbetreibende

Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

4.2 Konstruktiver Dialog mit der Wohnungswirtschaft

Wohnungswirtschaft

Damit der Wohnungsmarkt in Hannover die Herausforderungen der nächsten zehn Jahre bewältigen kann, braucht die Stadt den konstruktiven Dialog mit der Wohnungswirtschaft. Hierzu wurde eine enge Zusammenarbeit auf Stadtteilebene verabredet. Der konstruktive Dialog soll ermöglichen, Informationen und Strategien sowie geplante Maßnahmen auf vertraulicher Basis auszutauschen. Zielsetzung ist die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Qualitäten des Wohnstandortes Hannover.

- Fortsetzung des Dialogs mit der ARGEWO.
- Austausch von Daten und Strategien auf der Stadtteilebene.
- Gemeinsame Fortschreibung des städtischen Wohnkonzeptes.
- Gemeinsame Erarbeitung von zielgruppen- und nutzungsspezifischen Konzepten zur zukunftsfähigen Verwendung und Marktfähigkeit.
- Einbeziehung der Wohnungswirtschaft in die Programme der Stadt zur integrativen Stadtteilentwicklung und zum Programm für innovative Wohnformen (siehe 4.1 und 4.6).

Verantwortlich: Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Kooperation: Wohnungswirtschaft, Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen in der Region Hannover (ARGEWO)

Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

4.3 Familienfreundliches Wohnen

Einfamilienhausprogramm

Junge Menschen und Familien mit Kindern sollen dauerhaft an den Wohnort Hannover gebunden werden.

- Fortsetzung des Einfamilienhausprogramms von 2005 bis 2010. Elemente des Programms: 1. Flächenbereitstellung, 2. Bauland- und Bodenpreise, 3. Werbung, Image, Kommunikation, 4. Förderung besonderer Wohnformen oder besonders ambitionierter gemeinschaftlicher Wohnvorhaben.
- Förderung eines attraktiven Wohnumfeldes und einer angemessenen Versorgung in den Stadtteilen mit der notwendigen wohnungsnahen Infrastruktur.
- Betreuungsangebote und Aktivitäten für Kinder und Jugendliche im Stadtteil.

Hannover-Kinder-Bauland-Bonus

Der Hannover-Kinder-Bauland-Bonus wird fortgesetzt und ausgebaut.

- Erstkäufer innenstädtischer Grundstücke oder Eigentumswohnungen auf städtischen Baugrundstücken erhalten pro Kind eine Kaufpreisermäßigung von zehn Prozent pro Kind.
- Gefördert wird auch der Ersterwerb bebauter Objekte aus dem städtischen Grundvermögen.
- Private Baugemeinschaften werden begünstigt, wenn sie gemeinschaftlich von der Stadt ein Baugrundstück erwerben.
- Die Stadt bietet jungen Familien außerdem Hilfestellung bei der Entwicklung individueller Wohnwünsche an.

Verantwortlich: Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Wirtschaft

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:
Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Kooperation: Bürgerbüro Stadtentwicklung, Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen in der Region Hannover (ARGEWO); HAUS & GRUND Hannover

Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

4.4 Schöne Spielplätze**Schöne Spielplätze**

Kinder und Jugendliche sollen in Hannover genügend schöne, sichere und gut erreichbare Spielplätze haben und sich an der Planung, Gestaltung und Pflege aktiv beteiligen können.

- „Spieloasen“. Damit Spielbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen kostenneutral verändert werden können, werden die 500 Spielplätze der Stadt nach drei unterschiedlichen Kategorien ausgestattet und gepflegt. In jedem Stadtteil soll ein Spielplatz besonders gut ausgestattet sein und viele Funktionen bieten (Stufe 1: Stadtteilspielplätze). Die meisten vorhandenen Spielplätze bleiben mit mittlerer Ausstattung (Stufe 2: Spielplätze). Ein Teil der erneuerungsbedürftigen Spielplätze wird nicht mit Geräten erneuert, sondern es werden kostengünstige natürliche Mate-

rialien verwendet, wie z.B. Natursteine und Baumstämme (Stufe 3: Naturspielplätze).

- „Heimspiel“. Schaffung eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes mit privaten Kleinkinderspielplätzen direkt an den Wohngebäuden. Auf Privatgrundstücken sind Kleinkinderspielplätze anzulegen, wenn auf den Baugrundstücken mehr als zwei Wohnungen vorhanden sind. Private Kleinkinderspielplätze in Geschosswohnungsanlagen werden gefördert.
- „Spiel mit“. Wohnungsunternehmen sollen für eine finanzielle Beteiligung im Rahmen von Public-Private-Partnership gewonnen werden. Einwohnerinnen und Einwohner, Kinder und Jugendliche sowie Schulen übernehmen mit Patenschaften die Verantwortung für die Pflege von Spielplätzen.

Verantwortlich:

Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Kooperation:

Wohnungsunternehmen, Stadtteilrunden, Mietervereine und -initiativen

Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

4.5 Saubere Stadt**Sauberkeit**

Sichere und saubere öffentliche Räume sollen dazu beitragen, dass Menschen zu Hannover eine positive Beziehung haben, wenn sie hier wohnen, arbeiten oder einkaufen.

- Ein Netzwerk mit haupt- und ehrenamtlichen Kümmerern soll aufgebaut werden, damit Grünflächen

und Parks, Stadtteilplätze und Spielplätze sauber bleiben.

- Künftig soll verstärkt jede/r Einzelne beim verantwortungslosen Umgang mit Müll in die Pflicht genommen werden.

Verantwortlich:

Büro Oberbürgermeister, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Informationsstelle Rat und Sicherheit, Fachbereich Recht und Ordnung, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Bauen

Kooperation:

aha, Polizei, Region Hannover, Unternehmen

Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

4.6 Sichere Stadt

Sicherheit

In Hannover wird durch öffentliche und freie Träger, Vereine, Gruppen, Initiativen und andere Einrichtungen bereits seit langem vielseitige und wertvolle Präventionsarbeit geleistet.

- Maßnahmen für ein sicheres Hannover werden weiterentwickelt und gefördert, wie beispielsweise die Kriminalprävention im Städtebau.

- Die Arbeit des Kommunalen Kriminalpräventionsrates (KKP) Hannover wird fortgesetzt. Ziel des Zusammenschlusses von Behörden, Einrichtungen und Institutionen ist es, durch entsprechende Maßnahmen die Entstehung von Gewalt und Kriminalität bereits im Vorfeld zu verhindern und auf aktuelle Entwicklungen schnell zu reagieren.

Verantwortlich:

Büro Oberbürgermeister

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Recht und Ordnung, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün,
Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Kooperation:

Kommunaler Kriminalpräventionsrat (KKP) Hannover, Polizei, Region Hannover,
Wohnungsunternehmen

Plus 4

Hannover schafft familienfreundliches Wohnen

4.7 Impulse für innovative Wohnformen

Innovative Wohnformen

In Hannover werden innovative Wohnformen entwickelt und gefördert.

- Ein Schwerpunkt ist das generationenübergreifende Wohnen. Selbständiges häusliches Wohnen von älteren Menschen im vorpflegerischen Bereich wird unterstützt.
- Das Wohnen in der Innenstadt wird entwickelt und gefördert.

- Nicht mehr benötigte Gewerbeflächen und -bauten sollen als Angebot für individuelles Wohnen genutzt werden.

- In Kooperation mit Partnern, wie dem Bürgerbüro Stadtentwicklung, wird über innovative Wohnformen informiert.

- Mit Wettbewerben werden innovative Projekte ausgezeichnet und öffentlich gemacht.

Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Wirtschaft

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Gebäudemanagement

Kooperation:

Bürgerbüro Stadtentwicklung, Wohnungswirtschaft

Plus 5

Hannover handelt weltoffen

5.1 Europa in Hannover

Metropolregion

Der niedersächsische Kernraum Hannover-Braunschweig-Göttingen wurde als Metropolregion von europäischer Bedeutung offiziell anerkannt. Die Landeshauptstadt Hannover hat die Initiative zur Ausweisung aktiv unterstützt und beteiligt sich an der Realisierung der im Rahmen der Metropolregion definierten Projekte und Ziele. Die Aktivitäten der Metropolregion werden über die im Bereich Regionale und Europaangelegenheiten angesiedelte Geschäftsstelle koordiniert.

EU-Kooperationsprojekte

Die Landeshauptstadt Hannover wird die Beteiligung an von der EU-Kommission im Rahmen von Aktionsprogrammen geförderten internationalen Projekten

fortsetzen. Auf diesem Wege sollen der Wissenstransfer zwischen verschiedenen europäischen Städten gefördert und die Europafähigkeit der Stadtverwaltung gesteigert werden. Zudem sollen lokalen Unternehmen Marktchancen im Zuge der Projektrealisierung eröffnet und das internationale Profil Hannovers, auch durch Einwerbung von EU-orientierten Veranstaltungen, geschärft werden.

Veranstaltungsreihe „Europa in Hannover“

In einzelnen Veranstaltungen soll jeweils ein Land der EU und die hier lebenden Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in den Mittelpunkt gestellt werden (Fortsetzung der begonnenen Reihe). Damit wird der europäische Charakter der Stadt gestärkt und die Identifikation der nicht-deutschen EU-Bürgerinnen und -Bürger mit Hannover deutlich verbessert.

Verantwortlich:

Büro Oberbürgermeister

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Wirtschaft, Fachbereich Museen und Kulturbüro, Fachbereich Bibliothek und Schule, Fachbereich Bildung und Qualifizierung, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Kooperation:

Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, Vereinigungen von nicht-deutschen EU-Bürgerinnen und -Bürger, Konsulate, Unternehmen, Region Hannover, Land Niedersachsen

Plus 5

Hannover handelt weltoffen

5.2 Interkulturelle Öffnung der Personal- und Organisationsentwicklung

Interkulturelle Öffnung

Die Bearbeitung interkultureller Fragestellungen ist eine Regelaufgabe der Verwaltung. Im Rahmen der Personal- und Organisationsentwicklung wird daher überprüft, welche Verbesserungen im Leistungsprofil der Verwaltung notwendig sind, um eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu gewährleisten.

- Durch Fortbildungsmaßnahmen in den Fachbereichen wird die interkulturelle Kompetenz gestärkt, um frühzeitig auf kulturelle oder religiöse Konflikte reagieren zu können.

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund sollen verstärkt für eine Ausbildung bei der Stadt Hannover gewonnen werden.

Verantwortlich:

Zentrale Steuerung und Verwaltungsentwicklung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Alle Fachbereiche

Plus 5

Hannover handelt weltoffen

5.3 Ausbau von Sprachkursen

Sprachkurse

Migrantinnen und Migranten, die schon längere Zeit in Hannover wohnen, sollen durch Sprach- und Inte-

grationskurse gefördert werden. Dieses Angebot der Volkshochschule richtet sich an erwachsene Migrantinnen und Migranten, die nicht im Rahmen des §43 AufenthG gefördert werden können.

Verantwortlich: Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung: Büro Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Ordnung

Kooperation: Bildungsträger

Plus 6

Hannover stärkt die Wirtschaft

6.1 hannoverimpuls

hannoverimpuls

Die Förderung und Zusammenarbeit der Stadt Hannover mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft hannoverimpuls ist ein zentrales Element der Wirtschaftsförderung zur langfristigen Wirtschaftsstruktur-entwicklung des Standorts. Die Zusammenarbeit mit hannoverimpuls soll fortgesetzt werden.

- hannoverimpuls hat sich auf fünf Schwerpunktbereichen konzentriert, die in der Region Hannover überproportional wachsen. Dazu zählen die Automobil-, IT-, Lasertechnologie-, Life Science- sowie Produktionstechnik. Diese innovativen Branchen werden zu Kompetenzzentren / Clustern weiterentwickelt und durch Gründungs-, Ansiedlungs- und Wachstumsinitiativen gestärkt, um langfristig Arbeitsplätze zu schaffen.

- hannoverimpuls wird in die wirtschaftspolitischen Prozesse und Entscheidungen innerhalb der Stadt eingebunden.

Beispielhaft werden hier folgende Maßnahmen benannt:

Gründungswettbewerbe:

Lighthouse 2005, Plug & Work und Zukunftsfabrik Produktionstechnik: Im Laserzentrum (LZH) Hannover, im Expo Park Campus und im Produktionstechnischen Zentrum erhalten Gründerinnen und Gründer sowie Ansiedlungsinteressierte unterschiedlicher Bereiche

mit Erfolg versprechenden Geschäftskonzepten für ein Jahr mietfreie Bürofläche und finanzielle Unterstützung, um in dem innovativen Umfeld des LZH das eigene Unternehmen aufzubauen. Strategisches Coaching, ein „Hannover Welcome Package“ und die Einbindung in Netzwerke, z.B. über das Forum IuK, runden das Angebot ab.

Branchenprojekte:

Kompetenzzentren Life Sciences und Laser Akademie: Ziel ist die Bündelung vorhandener Kompetenzen in den Segmenten Biomedizinische Technik, Medizintechnik, Bio-Photonik und der pharmazeutischen Entwicklung (BIOMETI) beziehungsweise die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im gesamten Spektrum der optischen Technologien.

Branchenübergreifende Projekte:

Personal/ Ausbildung

Bei kurz- und mittelfristigen Personalengpässen bietet hannoverimpuls das komplette Spektrum von Personaldienstleistungen an - von der Arbeitnehmerüberlassung über die Personalvermittlung bis hin zum Outplacement. Dieses Projekt schärft das Profil als tatsächliche Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft und dient mittlerweile als Vorbild für ähnliche Initiativen in Dortmund, Zwickau und Peine. hannoverimpuls Ausbildung e.V. unterstützt Unternehmen bei der langfristigen Personalentwicklung durch die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Verantwortlich: Fachbereich Wirtschaft

Kooperation: Unternehmen und Gewerbetreibende, Wirtschaftsorganisationen und Interessensverbände, Region Hannover, Land Niedersachsen, Hochschulen

Plus 6

Hannover stärkt die Wirtschaft

6.2 Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung

Die städtische Wirtschaftsförderung unterstützt Unternehmen und Branchen bei der Beseitigung von Entwicklungshemmnissen, bietet gut zugängliche Informationen über Serviceangebote, Fördermöglichkeiten, Fördereinrichtungen sowie städtische und überörtliche Planungen und leistet Netzwerkarbeit bei der Bildung von Kooperationen - insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen.

Einzelhandel und Nahversorgung

Die Möglichkeiten, in unmittelbarer Nähe zur eigenen Wohnung Dinge des täglichen Bedarfs einzukaufen und Dienstleistungen erhalten zu können, ist eine besondere Qualität der Stadtteile Hannovers. Gastronomie, Wochenmärkte oder einfach die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, runden das Angebot ab und helfen, sich mit dem Stadtteil zu identifizieren.

Damit diese Qualität erhalten bleibt und im Hinblick auf zukünftige Anforderungen und Entwicklungen ausgebaut werden kann, steht die Landeshauptstadt Hannover mit den führenden Anbietern und Interessensvertretern im konstruktiven Dialog und regelmäßigen Kontakt.

Städtisches Immobilienmanagement

Errichtung eines strategischen Flächenmanagements für alle städtischen Flächen mit dem Ziel der städtebaulichen und fiskalischen Nutzungsoptimierung und der Vorhaltung eines sofort verfügbaren und transparenten Bestands an marktgerechten Flächen für Unternehmen.

Projektarbeit

Projekte, die den Wandel in einzelnen Branchen erleichtern, werden mit öffentlichen und privaten Partnern entwickelt, durchgeführt und gefördert (Öko-Profit, Materialeffizienzinitiative). Migrantinnen und Migranten werden gezielt und verstärkt als Akteure im Wirtschaftsprozess angesprochen.

Messe-, Kongress- und Tourismusstandort

Hannover wird seinen nationalen und internationalen Ruf als Messe- und Kongressstandort und als Tourismusziel weiter stärken und intensiv mit der Deutschen Messe AG, dem Flughafen, dem Hannover Tourismus Service und der Hannover Marketing Gesellschaft zusammenarbeiten.

Wirtschaftsforen

Betriebe und Unternehmen werden bei der Stadtteilentwicklung mit einbezogen. Die Selbstorganisation und Vielfalt in den Stadtteilen wird durch verschiedenartige, lokale Wirtschaftsforen gefördert.

Regionales Denken

Die Beispielprojekte für eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene, wie das Unternehmerbüro, werden weiter ausgebaut.

Das regionale Einzelhandelskonzept wird fortgeschrieben.

Die Vermarktung der Wirtschaftsregion Hannover auf internationaler Ebene (z.B. Messen, Centers of Excellence) wird fortgeführt und mit weiteren privaten Partnern ausgebaut.

Verantwortlich:

Fachbereich Wirtschaft, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Umwelt und Stadtgrün u.a.

Kooperation:

Unternehmen und Gewerbetreibende, Wirtschaftsorganisationen und Interessensverbände, Region Hannover, Land Niedersachsen, Sanierungskommissionen, Stadtteilforen und -initiativen, Hochschulen u.a.

Plus 6

Hannover stärkt die Wirtschaft

6.3 Modernisierung der Innenstadt

Innenstadt

Die Innenstadt von Hannover wird kontinuierlich modernisiert und attraktiver gestaltet, damit sich die City als überregionaler Einkaufsstandort, als kulturelles Zentrum Niedersachsens und als attraktives Tourismusziel positionieren kann. Darüber hinaus werden in Zusammenarbeit mit ansässigen Innenstadt-Akteuren spezielle Profile für einzelne Einkaufslagen/Cityquartiere entwickelt und gestärkt.

City-Achse Stadtmitte / Kröpcke-Hauptbahnhof-Raschplatz-Lister Meile

Zahlreiche Bauprojekte in der City führen zu einer kommerziellen Stärkung und stadtgestalterisch attraktiveren Innenstadt Hannovers. Insbesondere zwischen dem Platz der Weltausstellung und dem nördlichen Hauptbahnhof gibt es aktuelle Bauvorhaben und Planungen.

- Zusammen mit einer geplanten Umgestaltung des Kröpcke-Centers müssen die öffentlichen Räume der Stadtmitte modernisiert werden. Mittel- bis langfristig ist auch die Modernisierung der angrenzenden öffentlichen Räume der 70er Jahre erforderlich, beispielsweise Platz der Weltausstellung, Karmarschstraße.
- Mit den aktuellen Projekten rund um den Hauptbahnhof, wie dem Bau des ECE, entstehen neue kommerzielle Impulse. Der Neubau eines CityBusTerminal schafft Platz für das Projekt Lister Dreiecke, die öffentlichen Räume vor dem Justizgebäude und an den nördlichen Ausgängen des Bahnhofs werden durch die Umgestaltung gestalterisch und funktional aufgewertet.

- Der Bereich Raschplatz am Übergang zur Lister Meile wird aufgrund hochbaulicher Modernisierungen auch im öffentlichen Raum überarbeitet.

Altstadt/Südliche Innenstadt

- In Zusammenarbeit mit ansässigen Innenstadt-Akteuren werden spezielle Profile für einzelne Einkaufslagen/Cityquartiere entwickelt und gestärkt.
- Die Einmaligkeit der Altstadt wird durch neue Projekte am Hohen Ufer gesteuert.

Öffentliche Räume

- Die klassizistischen Achsen, die vom Ernst-August-Platz ausstrahlen, wie die Kurt-Schumacher-Straße, die Joachimstraße und Lavesstraße, sollen aufgewertet werden.
- Die Umgebung der Innenstadt soll besser angebunden und gestärkt werden, dazu zählen Goseriede, Nikolaifriedhof und Nikolaistraße.
- Der kleine Platz an der Einmündung zum Warmbüchenviertel soll als Ergebnis des „Forums Warmbüchenviertel“ umgestaltet werden.

Grün- und Aufenthaltsqualitäten

Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt wird durch Ruhe-, Spiel- und grüne Erlebnisbereiche sowie Lichtinstallationen verbessert (Rathenauplatz, Georgsplatz, Goseriede).

Verantwortlich:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Wirtschaft

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Museen und Kulturbüro, Fachbereich Tiefbau, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Kooperation:

City-Gemeinschaft, Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Kultureinrichtungen, Immobilieneigentümer

Plus 6

Hannover stärkt die Wirtschaft

6.4 Beschäftigungsförderung**Städtische Beschäftigungsförderung**

Die städtische Beschäftigungsförderung bietet der ARGE Region Hannover und der Agentur für Arbeit durch den Stützpunkt Hölderlinstraße eine breite Palette von Beschäftigungsangeboten zur Wiedereingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in den regulären Arbeitsmarkt. Dabei sind alle Maßnahmen begleitet von einem Qualifizierungsangebot, sozialer Betreuung und Integrationsberatung. Besondere Angebote werden auch für andere städtische Fachberei-

che koordiniert und der Nachfrage entsprechend werden andere regionale Qualifizierungsträger beteiligt, um zielorientiert zu arbeiten.

Zugleich werden Initiativen anderer Träger im Jugendbereich (bis zum 25. Lebensjahr) und auch bei den anderen Altersgruppen mit Spitzenfinanzierungsanteilen abgesichert, wenn sonst die Durchführung der Projekte oder Maßnahmen nicht sicher gestellt werden kann. Der besondere Fokus soll im mittelfristigen Zeitraum auf dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit liegen. Konzeptionelle Vorschläge sind in der Planung.

Verantwortlich:

Fachbereich Soziales

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Kooperation:

Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger in der Region Hannover

Plus 7

Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt

7.1 Kooperation von Wissenschaft und Stadt**Wissenschaftsstadt**

Die Profilierung als Wissenschaftsstadt soll durch eine gezielte Förderung der Kooperation der wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen in Hannover und in der Metropolregion Hannover-

Braunschweig-Göttingen erreicht werden. Dazu gehört die regelmäßige Ausrichtung des Festes der Wissenschaften. Darüber hinaus beabsichtigt die Stadt Hannover, sich am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“ zu beteiligen.

Verantwortlich:

Kultur- und Schuldezernat

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Wirtschaft, Büro Oberbürgermeister

Kooperation:

Wissenschaftliche Einrichtungen in der Region Hannover und in der Metropolregion, Unternehmen und Verbände, hannoverimpuls, Region Hannover

Plus 7

Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt

7.2 Wissenstransfer

Wissenstransfer

Auf der lokalen und regionalen Ebene muss ein systematisch angelegter Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft und Stadtgesellschaft unterstützt werden.

Verantwortlich:

Fachbereich Bibliothek und Schule, Fachbereich Wirtschaft

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Büro Oberbürgermeister, Fachbereich Museen und Kulturbüro

Kooperation:

Wissenschaftliche Einrichtungen in der Region Hannover und in der Metropolregion, Unternehmen und Verbände, hannoverimpuls, Region Hannover

Plus 7

Hannover verbindet Wissenschaft und Stadt

7.3 Projekt L³ - Leibniz in Hannover

Leibniz - Lessing - Lichtenberg

Unter dem Titel „L³“ wird eine Kooperation populärer, aber hochwertiger Projekte entwickelt, in deren Mittelpunkt die epochalen Denker Leibniz (Hannover), Lessing (Braunschweig-Wolfenbüttel) und Lichtenberg (Göttingen) stehen, die mit der kulturgeschichtlichen Identität der Region untrennbar verbunden sind. Für Hannover sind vorgesehen:

- Eine überregional wirksame Großausstellung zu

G.W. Leibniz, die das Werk des Gelehrten in angemessener Breite vorstellt und daher an einem außergewöhnlichen Ort (Galeriegebäude) gezeigt werden soll.

- Als nachhaltige Folgeeinrichtung gibt es eine fünfjährige Erlebnis-Ausstellung zu den technisch-physikalischen Entwicklungen von Leibniz.
- Einrichtung eines jährlich wiederkehrenden Bildungsangebotes (Summer School) für Studierende aus EU-Ländern zu technisch-physikalischen Themen.

Verantwortlich:

Fachbereich Museen und Kulturbüro

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Bildung und Qualifizierung, Büro Oberbürgermeister, Herrenhäuser Gärten

Kooperation:

u.a. kommunale und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen, Unternehmen, Hannover Marketing Gesellschaft, Hannover Tourismus Service

Plus 8

Hannover I(i)ebt Stadtkultur

8.1 Erneuerung der Kulturförderung

Erneuerung der Kulturförderung

Die strukturellen Stärken der hannoverschen Kulturlandschaft – Vielfalt der Institute und Angebote, Autonomie der Häuser, innovative Programm- und Vermittlungskonzepte – sollen nachhaltig durch eine Weiterentwicklung und Erneuerung der Kulturförderung gestärkt werden. Systematische Förderung der jungen Kunst und Kultur.

Maßnahmen im Einzelnen:

- Stärkung der qualitativen Aspekte der Förderung, u.a. durch Jurys und Beiräte, neue Schwerpunktsetzungen („Priorisierung“).

- Betriebswirtschaftliche Beratung und „Anleitung“ im Zuwendungsverfahren.

- Neuordnung, Neustrukturierung der Freien Theater und ihrer Förderung.

- Beteiligung eines gesamtstädtischen Kulturrates als unabhängiges Beratungsgremium des Rates in Fragen der Kulturförderung.

- Unterstützung junger Künstlerinnen und Künstler und Musikerinnen und Musiker, Theatercamps, Lesekarawanen, Schreibwerkstätten.

Verantwortlich: Fachbereich Museen und Kulturbüro

Beteiligt bei der Stadtverwaltung: Fachbereich Bildung und Qualifizierung

Kooperation: Kulturinstitutionen

Plus 8

Hannover I(i)ebt Stadtkultur

8.2 Herrenhäuser Gärten und Sprengel Museum Hannover

Kulturelle Highlights

Die Herrenhäuser Gärten und das Sprengel Museum Hannover sind überregional herausragende Kulturorte in der Stadt, die erheblich zur Attraktivitätssteigerung der Kulturstadt Hannover beitragen.

Herrenhausen (Großer Garten, Berggarten, Georgengarten und Regenwaldhaus) soll durch Restaurierung und Erneuerung der Anlagen, durch Schaffung zusätzlicher Attraktionen und einer Verbesserung des Marketings weiter aufgewertet und insgesamt intensiver vermarktet werden.

Maßnahmen im Einzelnen:

- Restaurierung und Erneuerung der Gartenanlagen, Bauwerke, Wege und technischen Anlagen.
- Verbesserung des gesamten Informationssystems in den Gärten sowie über die Gärten und Veranstaltungen.

- Ausweitung der Veranstaltungen und Entwicklung neuer Attraktionen (z.B. Winter-Festwochen, Lichtinstallationen wie beispielsweise Lumina Botanica, Teilnahme an der „Gartenregion 2008“).

Die hannoverschen Museen werden ausgebaut und um Ausstellungsräume erweitert, um die herausragenden und kulturhistorisch bedeutsamen Sammlungen angemessen und verbessert präsentieren zu können. Dies betrifft insbesondere das Sprengel Museum Hannover, in dem die der Stadt übereignete Sammlung von Werken Niki de Saint Phalles verstärkt präsentiert werden soll. Voraussetzung dafür ist, dass die Finanzierung in gemeinsamer Anstrengung mit dem Land Niedersachsen und der Stadtgesellschaft gewährleistet werden kann. Dies gilt auch für die anderen Museen und Ausstellungshäuser, deren Kooperationen verstärkt und deren Arbeit unterstützt werden soll, wie beispielhaft im Bereich der zeitgenössischen Kunst mit dem Kunstverein und der Kestnergesellschaft.

Verantwortlich: Kultur- und Schuldezernat

Beteiligt bei der Stadtverwaltung: Fachbereich Museen und Kulturbüro, Herrenhäuser Gärten

Kooperation: Verschiedene Kulturinstitutionen und Unternehmen

Plus 8

Hannover I(i)ebt Stadtkultur

8.3 Großveranstaltungen

Großveranstaltungen

Hannover profiliert sich weiterhin als Standort für überregionale Kulturevents, Sportveranstaltungen und Kongresse. Die Aktivitäten zur Einwerbung von

Eventveranstaltungen sowie das Kultur- und Veranstaltungsangebot werden weiter gestärkt. Die Hannover Marketing Gesellschaft wirbt international für Hannover als Austragungsort für (Sport-)Events.

Verantwortlich:

Büro Oberbürgermeister

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Museen und Kulturbüro, Herrenhäuser Gärten,
Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Kooperation:

Hannover Tourismus Service, Hannover Marketing Gesellschaft, Hannover Congress Centrum,
Deutsche Messe AG Hannover, Veranstalter



Plus 9

Hannover schützt Klima und Umwelt

9.1 Klimaschutzregion Hannover

Klimaschutzregion Hannover

Hannover setzt sein Engagement bei den regionalen Klimaschutzprogrammen fort und entwickelt gemeinsam mit Partnern aus der Privatwirtschaft neue Programme für eine nachhaltige Energiezukunft, mit dem Ziel „60% CO₂-Minderung bis 2050“ in der Region Hannover zu erreichen. Das Projekt Klimaschutzregion Hannover wird fortgesetzt.

Schwerpunkte sind nachhaltige energetische Modernisierung der Wohngebäude, Neubau besonders energieeffizienter Gebäude, Ausbau der Solarenergie, Biogas- und Biomassennutzung, Stromeinsparung, Umweltverträgliche Mobilität, Förderprogramme, Qualifizierungsmaßnahmen und Veranstaltungen für den Klimaschutz.

Mehrere Einzelprojekte befinden sich in der Startphase:

- Nullemissionssiedlung „In der Rehre“ am Rande von Wettbergen in Hannover.

- EU-Projekt CONCERTO – Hannover hat gemeinsam mit dem europäischen Projektpartner Nantes/Frankreich einen EU-Antrag gestellt. Wenn es zum erfolgreichen Vertragsabschluss kommt, wird allein Hannover fünf Jahre lang insgesamt drei Millionen Euro für die energetische Sanierung von rund 330 Altbauwohnungen und den Einsatz erneuerbarer Energien in den Stadtteilen Vinnhorst/Vahrenwald und Ahlem erhalten.

- Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Energetische Modernisierung und Klimaschutz an der Fachhochschule Hannover. Gemeinsam mit der Fachhochschule Hannover sind als Projektpartner die Universität Hannover, die Region Hannover, enercity, die Klimaschutzagentur, proKlima und die Landeshauptstadt Hannover vorgesehen.

Verantwortlich:

Wirtschafts- und Umweltdezernat

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Gebäudemanagement, Fachbereich Wirtschaft
 Fachbereich Planen und Stadtentwicklung, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün
 (Leitstelle Energie und Klimaschutz), Fachbereich Tiefbau

Kooperation:

Stadtwerke Hannover AG, Region Hannover, enercity-Fonds proKlima, Klimaschutzagentur, Wirtschafts- und Umweltverbände, Handwerkskammer Hannover, Industrie- und Handelskammer, Fachhochschule Hannover, Wohnungsgesellschaften, Verbraucherzentrale Niedersachsen

Plus 9

Hannover schützt Klima und Umwelt

9.2 Differenzierte Planung und Pflege von Grünflächen

Planung und Pflege von Grünflächen

Mit einem Entwicklungskonzept für Grünflächen und Landschaftsräume soll die Planung und Pflege differenziert werden. Ohne zusätzliche Pflegekosten soll so eine Vielfalt und ökologische Aufwertung der Flächen ermöglicht werden. Die Pflegeintensität reicht von intensiver Pflege, beispielsweise von historischen Gärten und Stadtplätzen, bis zur Verbuschung und Aufwaldung von städtischen Grünflächen. Grünflächen werden entsprechend flächendeckend eingeordnet. Landwirte können Landschaftsräume nutzen. Flächen können an Naturschutzverbände übergeben werden. Die Öffentlichkeit wird bei der Veränderung des Stadtgrünbildes beteiligt.

Nutzung temporärer Brachen

„Zwischendurch schön“. Mit einem strategischen Flächenmanagement werden temporäre Brachen optisch und ökologisch aufgewertet. Einwohnerinnen und Einwohner oder Gewerbetreibende können diese Flächen für eine Zwischennutzung pachten. Dies führt zur Imageverbesserung von Quartieren mit Brachen und zur Müllvermeidung.

Freiraumplanung

„Neugrün“. Die bisherige Freiraumplanung in Hannover wird um neue Elemente ergänzt, die flexibler auf die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner eingehen und Pflegekosten reduzieren. Dazu gehören: Gemeinschaftswiesen für beispielsweise Obstanbau, hundefreies Spielen, ökologische Projekte, Nachbarschaftsparks und Waldparks.

Verantwortlich:

Fachbereich Umwelt und Stadtgrün, Fachbereich Wirtschaft

Beteiligt bei der Stadtverwaltung:

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Plus 9

Hannover schützt Klima und Umwelt

9.3 Gartenregion Hannover 2008

Gartenregion Hannover 2008

Die Region Hannover will sich von einer ihrer schönsten Seiten zeigen und sich mit ihrem Gartengesicht präsentieren. Ziel ist, eine regionale Identifikation zu schaffen und gleichzeitig die regionale Wirtschaft zu fördern. Zielgruppen sind sowohl die Einwohnerinnen und Einwohner der Region als auch Touristen aus

ganz Deutschland, die Kurzurlaube in der Region verbringen sollen. Dazu werden unterschiedliche „buchbare“ Angebotspakete geschnürt. 2008 ist als Aktionsjahr von Frühjahr bis Herbst vorgesehen. Gedacht ist jedoch, die dann entwickelten Potenziale und Netzwerke dauerhaft zu etablieren, so dass das „Gartengesicht“ ein bleibender Faktor sowohl der Naherholung bleibt als auch in den Tourismus einfließt.

Verantwortlich:

Region Hannover, Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Kooperation:

Private, Deutsche Bahn, ECE, Verbände, Hannover Tourismus Service, Hannover Marketing Gesellschaft, Fachverlage, Nord/LB, Kommunen der Region, Herrenhäuser Gärten

Plus 9

Hannover schützt Klima und Umwelt

9.4 Artenvielfalt in der Stadt

Biodiversität in der Stadt

Hannover ist Lebensraum für eine Vielzahl auch sehr seltener Tier- und Pflanzenarten. Diese „Biodiversität“ kann mit oft nur geringen Mitteln geschützt und entwickelt werden. Gute Beispiele sind hier z.B. die Aktion „Nistmöglichkeiten für Mauersegler“ oder die Fledermausvoliere in der Waldstation. Damit leistet Hannover seinen Beitrag zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt, der 1992 ebenfalls in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde.

Neben ökologischen Gründen, wie dem Erhalt einer großen Artenvielfalt und damit stabiler Ökosysteme, kann die Biodiversität mittelbar auch positive ökonomische Effekte bewirken und natürliche Ressourcen erhalten. Im Ballungsraum Stadt spielt aber auch der soziale Aspekt eine herausragende Rolle. Naturerfah-

rung und -erlebnisse werden möglich und im Rahmen von Umweltbildungsarbeit kann das Verständnis für ökologische Zusammenhänge an konkreten Beispielen in der Stadt deutlich gemacht werden. All dies ist Voraussetzung für nachhaltiges Handeln. Hannover als grüne Stadt und Stadt der Gärten kann dadurch ein besonderes zusätzliches Profil entwickeln.

Schwerpunkte können sein:

- Gemeinsam mit den Natur- und Umweltverbänden Artenvielfalt entdecken
- Neue Lebensräume schaffen mit BürgerInnen, Schulen, Kitas
- Konkrete Artenhilfsprogramme für gefährdete Tier-Pflanzenarten z.B. in Naturwaldparzellen oder Brachflächen.

Verantwortlich:

Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Kooperation:

Region Hannover, Natur- und Umweltverbände



DIE AALBORG COMMITMENTS:

UNSERE GEMEINSAME VISION

Wir, Europäische Kommunalbehörden, vereint in der Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte & Gemeinden, versammelt anlässlich der Aalborg+10 Konferenz, bekräftigen unsere gemeinsame Vision einer zukunftsbeständigen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden. Wir haben die Vision integrierter, prosperierender, kreativer und zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern hohe Lebensqualität bieten und ihnen die Möglichkeit verschaffen, aktiv an allen Aspekten urbanen Lebens mitzuwirken. Seit der Rio-Konferenz 1992 und der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsprinzipien der „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“ (Aalborg Charta) 1994, hat sich unsere Vision mit dem Lissabonner Aktionsplan „Von der Charta zum Handeln“ (1996), dem „Hannover Aufruf der europäischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ (2000) sowie dem „Aufruf von Johannesburg (Johannesburg Call)“ (2002) stetig erweitert. Wir erachten die „Inspiring Futures – Aalborg + 10“ Konferenz 2004 als einen Meilenstein dieses anhaltenden Prozesses.

1 GOVERNANCE

Wir verpflichten uns, unseren Entscheidungsfindungsprozessen durch mehr direkt-demokratische Mitwirkung neuen Schwung zu verleihen.

Wir werden daran arbeiten,

1. eine gemeinsame langfristige Vision für eine zukunftsbeständige Stadt oder Gemeinde weiterzuentwickeln,
2. in den Kommunalbehörden und Gemeindeverwaltungen Kapazitäten für Mitwirkung und zukunftsbeständige Entwicklung zu schaffen,
3. alle Sektoren der lokalen Gesellschaft einzuladen, sich effektiv am Entscheidungsfindungsprozess zu beteiligen,
4. unsere Entscheidungen offen, berechenbar und transparent zu machen,
5. effektiv und partnerschaftlich mit anderen Städten und Gemeinden sowie anderen staatlichen Bereichen zu kooperieren.

2 URBANES MANAGEMENT FÜR ZUKUNFTSBESTÄNDIGKEIT

Wir verpflichten uns, effektive Managementabläufe zu implementieren, angefangen bei der Formulierung über die Umsetzung bis hin zur Evaluierung.

Wir werden daran arbeiten,

1. die Lokale Agenda 21 oder andere kommunale Zukunftsbeständigkeitsprozesse zu stärken und sie im Zentrum kommunaler Verwaltung zu verankern,
2. integriertes Management auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit zu erbringen, das auf dem Vorsorgeprinzip beruht und mit der thematischen Strategie „Städtische Umwelt“ der EU übereinstimmt,
3. Ziele und Zeithorizonte im Rahmen der Aalborg Commitments festzulegen und das Aalborg Commitments Monitoring Review zu befolgen,
4. sicherzustellen, dass Fragen der Zukunftsbeständigkeit zentral für den urbanen Entscheidungsfindungsprozess sind und dass die Mittelzuordnung auf starken und breit angelegten Kriterien der Zukunftsbeständigkeit basiert und
5. mit der Europäischen Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden und ihren Netzwerken zu kooperieren und den Fortschritt zu evaluieren, den wir im Hinblick auf das Erreichen der Zukunftsbeständigkeitsziele machen.

3 GEMEINSCHAFTLICHE NATURGÜTER

Wir verpflichten uns, die volle Verantwortung für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Gemeinschaftsgüter zu übernehmen.

Wir werden daran arbeiten,

1. den Verbrauch der Primärenergie zu verringern und den Anteil an regenerativen und sauberen Energien zu erhöhen,
2. die Wasserqualität zu verbessern und den Wasserverbrauch effizienter zu gestalten,
3. die Artenvielfalt zu fördern und zu erhöhen und uns um Naturschutzgebiete und Grünflächen zu kümmern,
4. die Bodenqualität zu verbessern und ökologisch produktives Land zu bewahren und
5. die Luftqualität zu verbessern.

4 VERANTWORTUNGSBEWUSSTER KONSUM UND LEBENSWEISE

Wir verpflichten uns, den umsichtigen Gebrauch von Ressourcen massiv zu fördern und zukunftsbeständigen Konsum und Produktion zu unterstützen.

Wir werden daran arbeiten,

1. Abfälle zu vermeiden und zu reduzieren und Wiederverwendung und Recycling zu erhöhen,

2. Abfälle in Übereinstimmung mit dem Stand der Technik zu behandeln und zu bewältigen,
3. unnötigen Energieverbrauch zu vermeiden und die Energieeffizienz des Endverbrauchs zu verbessern,
4. dem Beschaffungswesen die Kriterien der Zukunftsbeständigkeit zugrunde zu legen und
5. zukunftsbeständige Produktion und zukunftsbeständigen Konsum aktiv zu fördern.

5 STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG

Wir verpflichten uns, eine strategische Rolle bei der Städteplanung und -entwicklung im Hinblick auf ökologische, soziale, wirtschaftliche, gesundheitspezifische und kulturelle Fragen zu übernehmen.

Wir werden daran arbeiten,

1. heruntergekommene oder benachteiligte Gegenden neu zu nutzen und umzugestalten,
2. eine Zersiedelung zu vermeiden, eine angemessene städtische Verdichtung zu erreichen und der Umnutzung von Industriebrachen gegenüber Entwicklungen auf der grünen Wiese den Vorzug zu geben,
3. einen gesunden Mix aus Gebäuden und Entwicklungen sicherzustellen, mit einem ausgewogenen Verhältnis an Arbeitsplätzen, Wohnungen und Dienstleistungen, wobei Wohnvierteln in Stadtzentren Priorität eingeräumt wird,
4. angemessene Erhaltung, Renovierung und Nutzung/Wiedernutzung unseres urbanen kulturellen Erbes zu gewährleisten und
5. Kriterien der Zukunftsbeständigkeit für Entwurf und Konstruktion festzusetzen und qualitativ hochwertige Architektur und Bautechnologien zu fördern.

6 VERBESSERTE MOBILITÄT, WENIGER VERKEHR

Wir anerkennen die Wechselbeziehungen zwischen Verkehr, Gesundheit und Umwelt und verpflichten uns, zukunftsbeständige Mobilitätsalternativen zu fördern.

Wir werden daran arbeiten,

1. die Notwendigkeit für privaten motorisierten Verkehr zu verringern,
2. den Anteil der Wege, die mit öffentlichem Nahverkehrs, zu Fuß oder per Fahrrad zurückgelegt werden, zu erhöhen,
3. attraktive Alternativen zur Nutzung privater Kraftfahrzeuge zu fördern,
4. einen integrierten und zukunftsbeständigen urbanen Mobilitätsplan zu entwickeln und
5. den Einfluss von Verkehr auf die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung zu verringern.

7 KOMMUNALE GESUNDHEITSFÖRDERNDE MAßNAHMEN

Wir verpflichten uns zum Schutz und zur Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir werden daran arbeiten,

1. ein Bewusstsein für die breiteren, meist außerhalb des eigentlichen Gesundheitssektors zu findenden Gesundheitsfaktoren zu schaffen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen,
2. Gesundheitsprogramme der Städte zu fördern, die unseren Städten ein Instrument an die Hand geben, strategische Partnerschaften zur Förderung der Gesundheit einzugehen und zu pflegen,
3. Benachteiligungen im Gesundheitsbereich und Armut entgegenzuwirken, und regelmäßig über die Fortschritte, die bei der Verringerung bestehender Diskrepanzen gemacht werden, zu berichten,
4. Gesundheitsvertäglichkeitsprüfungen als Instrument für alle Bereiche zu fördern, um die Arbeit auf Fragen der Gesundheit und Lebensqualität zu lenken und
5. Stadtplaner zu mobilisieren, gesundheitliche Fragestellungen in ihre Planungsstrategien und Initiativen einzubeziehen.

8 DYNAMISCHE UND ZUKUNFTSBESTÄNDIGE LOKALE WIRTSCHAFT

Wir verpflichten uns zur Entwicklung und Sicherung einer dynamischen lokalen Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft ohne dabei die Umwelt zu beeinträchtigen.

Wir werden daran arbeiten,

1. Maßnahmen zu verabschieden, die Arbeitsplätze und Existenzgründungen vor Ort anregen und unterstützen,
2. mit Unternehmen vor Ort zu kooperieren, um Good Corporate Practice zu fördern und umzusetzen,
3. Zukunftsbeständigkeitsgrundsätze für die Ansiedlung von Unternehmen zu entwickeln und umzusetzen,
4. die Märkte darin zu bestärken, lokal und regional zu produzieren und
5. zukunftsbeständigen Tourismus vor Ort zu fördern.

9 SOZIALE GERECHTIGKEIT

Wir verpflichten uns zur Sicherung eines integrativen und unterstützend wirkenden Gemeinwesens.

Wir werden daran arbeiten,

1. Maßnahmen zu ergreifen, die Armut bekämpfen,
2. gerechten Zugang zu öffentlichen Diensten, Bildung, Arbeitsplätzen, Schulungen und Informationen zu gewährleisten,
3. soziale Integration und Gleichberechtigung von Gender Gleichstellung zu fördern,
4. Schutz und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und
5. gute Wohn- und Lebensbedingungen zu sichern.

10 VON LOKAL ZU GLOBAL

Wir verpflichten uns zu lokalen Maßnahmen zum Wohle des globalen Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der globalen zukunftsbeständigen Entwicklung.

Wir werden daran arbeiten,

1. die internationale Zusammenarbeit zu stärken und lokale Antworten auf globale Fragen zu entwickeln,
2. unseren Einfluss auf die globale Umwelt, insbesondere im Hinblick auf das Klima zu verringern,
3. die Verfügbarkeit und den Konsum von Produkten aus dem Fairen Handel zu fördern,
4. die Grundsätze umweltpolitischer Gerechtigkeit zu fördern und
5. das lokale Verständnis und das Bewusstsein für globale Zukunftsbeständigkeit zu verbessern.

Auszug aus der Erklärung von Barcelona, 1995:

Die Stadt und die behinderten Menschen

Anlässlich des Europäischen Kongresses „Die Stadt und die Behinderten“ in Barcelona, Spanien am 23. und 24. März 1995, haben die unterzeichnenden Städte folgende Erklärung aufgenommen:

1. Dass die Würde und der Wert eines Menschen Bedingungen sind, die allen Menschen eigen sind, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Weltanschauung, ihrem Alter und ihren Fähigkeiten.

2. Behinderung ist ein dynamischer Begriff, der sich aus der Interaktion zwischen individuellen Begabungen und den Lebensbedingungen der Umgebung ergibt, in der sich diese Begabungen manifestieren. Es gehört daher zur Verantwortung der Gemeinschaft und ihrer gesellschaftlichen Organisation, günstigere Bedingungen für die Entwicklung der betroffenen Menschen zu fördern und dabei alle Umstände zu vermeiden oder zu beseitigen, die einer solchen Entwicklung im Wege stehen oder sie verhindern.

3. Dass die Stadt als eine gemeinschaftliche Form der gesellschaftlichen Organisation, die in all den verschiedenen Kulturen überall auf unserem Planeten zu finden ist, sich der notwendigen Mittel und Ressourcen versichern muss, um gleiche Chancen, gleiche Lebensqualität und gleiche Beteiligung all ihrer Einwohner am städtischen Leben zu fördern.

4. Dass der Unterschied zwischen „Normalität“ und Behinderung falsch definiert ist und es daher notwendig erscheint, die Unterschiede zwischen Bürgern als Teil der Vielfalt zu betrachten, die die Gesellschaft ausmacht und dementsprechend Dienstleistungen als Strukturen zu konzipieren, damit sie von jedermann genutzt werden können und zugleich in den meisten Fällen die Existenz von spezifischen Einrichtungen für Behinderte überflüssig zu machen.

Deshalb nehmen die unterzeichnenden Städte die Übereinkünfte an, die im folgenden als Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“ bezeichnet werden. Sie stimmen hiermit überein:

a) sich auf unterschiedlichen nationalen und internationalen Foren für die Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“ einzusetzen, um auf diese Weise ihren Grundsätzen und Prämissen die größtmögliche Zustimmung zu verschaffen.

b) Prozesse der Zusammenarbeit in Gang zu setzen, die eine vollständige Anwendung der Übereinkünfte ermöglichen, die in der Erklärung „Die Stadt und die Behinderten“ niedergelegt sind, indem sie von den übergeordneten Territorialeinheiten die notwendige Zusammenarbeit einfordern.

c) Kommunikationskanäle zwischen den verschiedenen Städten einzurichten, um Fortschritte bei der Förderung gleicher Chancen für ihre behinderten Bürger anzuregen und zu unterstützen, um die Steifigkeit der Information zu sichern, insbesondere im Hinblick auf Zeichen und Symbole und um allgemein die Harmonisierung der kommunalen Politik für diese Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

Präambel

Dass die Behinderten vollwertige Mitglieder der Gemeinschaften sind, in denen sie leben und ihre Stellung in verschiedenen internationalen Konventionen anerkannt ist, besonders in der Internationalen Menschenrechtsdeklaration, dem Internationalen Abkommen über Bürger und Politische Rechte, der Konvention über die Rechte der Kinder, der Erklärung über die Rechte der Behinderten und der Erklärung über die Rechte von geistig Behinderten.

Dass Behinderte das Recht haben, im Kontext der für die gesamte Bevölkerung getroffenen Vorkehrungen Aufmerksamkeit für ihre individuellen und sozialen Bedürfnisse und ebenso eine Förderung ihrer Entwicklung als Menschen zu erhalten, um ihnen den Kontakt mit der übrigen Bevölkerung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Lebensumstände zu ermöglichen.

Die Behinderten haben das Recht auf technische und soziale Unterstützung, die die Folgen ihrer jeweiligen Behinderung möglichst minimiert, sowie darauf, die Nutznießer einer auf Chancengleichheit ausgerichteten Politik zu sein, ein Recht, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen der Resolution 48/69 vom 4. März 1994 zu „Vereinheitlichten Regeln über gleiche Chancen für Behinderte“ festgelegt hat.

Dass die Behinderten das Recht auf gleiche Chance haben, als anerkannte Bürger einer Gesellschaft, die pluralistisch ist und Achtung vor der Verschiedenheit und Vielfalt der individuellen Personen hat. Sie haben auch das Recht, an den gesellschaftlichen Angelegenheiten ihrer Gemeinschaft teilzuhaben, ohne Einschränkung des Genusses des Wohlstandes, den die Entwicklung dieser Gesellschaft hervorbringen mag.